

Antrag

der Fraktion der SPD

Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments

Die EG-Regierungskonferenz zur Politischen Union hatte sich zur wichtigsten Aufgabe gesetzt, die Europäische Gemeinschaft durch eine Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments zu demokratisieren, sie föderal auszugestalten und ihre Strukturen so anzupassen, daß sie ihre gesamteuropäische Verantwortung wahrnehmen kann. Darüber hinaus sollte eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Bestandteil der Europäischen Politischen Union werden.

Nur wenige Tage vor dem entscheidenden Gipfeltreffen in Maastricht ist noch keines dieser Ziele zufriedenstellend gelöst.

Der Deutsche Bundestag hat wiederholt mit Nachdruck gefordert, daß die Politische Union demokratisch legitimiert sein muß. Hierzu gehören vor allem die gleichberechtigte Mitentscheidung von Europäischem Parlament und Rat bei der Gemeinschaftsgesetzgebung, das Recht auf Ratifizierung von Vertragsänderungen, ein eigenes Initiativrecht des Parlaments, die Wahl des Präsidenten der EG-Kommission durch das Parlament auf Vorschlag des Europäischen Rates sowie das Recht auf Einsetzung von Untersuchungsausschüssen.

Die sich in der Regierungskonferenz abzeichnenden Entscheidungen entsprechen diesen Forderungen in keiner Weise; dem Europäischen Parlament werden weiterhin die Rechte verweigert, die einem frei gewählten Parlament zustehen.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag gibt seiner großen Besorgnis über die Entwicklung in der Regierungskonferenz Ausdruck.
2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, beim Europäischen Rat in Maastricht alles zu unternehmen, um die Regierungen der anderen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft davon zu überzeugen, daß die Europäische Politische Union nur in demokratischer und föderaler Ausgestaltung bestehen kann, und vor allem ein Bündnis mit den Mitgliedstaa-

ten zu suchen, die sich besonders stark für mehr Rechte des Europäischen Parlaments einsetzen.

3. Der Deutsche Bundestag fordert den Bundeskanzler auf, bei seiner bisherigen Haltung zu bleiben, daß er seine Zustimmung zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion abhängig machen wird von einem substantiellen Ergebnis für die Europäische Politische Union, die ohne eine nachhaltige Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments nicht akzeptabel ist.
4. Der Deutsche Bundestag macht deutlich, daß ohne Verbesserungen zugunsten einer Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments und eines föderalen Aufbaus der Politischen Union die Ratifizierung des neuen Vertrages im Deutschen Bundestag gefährdet ist.

Wie die Parlamente Belgiens und Italiens wird der Deutsche Bundestag seine Zustimmung zu den Vertragsänderungen von der Stellungnahme des Europäischen Parlaments abhängig machen.

Bonn, den 4. Dezember 1991

Hans-Ulrich Klose und Fraktion